

II- 887 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0

Zl. 353.110/31-I/6/87

4. Juni 1987

An den
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold GRATZ

302 IAB

Parlament
1017 W i e n

1987 -06- 05

zu 269 J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Blau-Meissner, Buchner, Fux, Mag. Geyer, Dr. Pitz, Smolle, Srb und Wabl haben am 7. April 1987 unter der Nr. 269/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Androhung von Gegenmaßnahmen seitens der BRD gegen eine Beschränkung des Transitverkehrs durch Tirol gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um solche Gegenmaßnahmen der BRD zu verhindern?
2. Welche konkreten Ergebnisse hat Außenminister Mock bei den Verhandlungen über eine Annäherung Österreichs an die EG im Hinblick auf den Schutz der Tiroler Bevölkerung von Mehrtransitbelastung erreicht?
3. Welche konkreten Schritte werden Sie setzen, um die Belastung der Tiroler Bevölkerung durch den Transitverkehr zu vermindern?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Bundesregierung ist ständig bemüht, bei Kontakten mit den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland die besondere Situation Österreichs als Transitland darzulegen und sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch bei den EG Verständnis für die Belastungen Österreichs zu finden, die sich daraus ergeben, daß es das vom Transitverkehr am meisten betroffene Land ist.

- 2 -

Zu Frage 2:

Bei der Reise des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock nach Brüssel am 17./18. März 1987 handelte es sich um einen offiziellen Besuch bei der EG, bei dem keine konkreten Verhandlungen zum Thema vorgesehen waren. Außenminister Dr. Mock konnte jedoch den österreichischen Standpunkt auch in Verkehrsfragen allen in Betracht kommenden Persönlichkeiten der EG darlegen. Ein Fortschritt hat sich insofern ergeben, als der EG-Verkehrsministerrat am 24. März 1987 die Kommission beauftragte, einen Entwurf für ein seit zwei Jahren von Österreich angestrebtes Verhandlungsmandat auszuarbeiten.

Weiters hat am 13. Februar 1987 ein exploratorisches Treffen der Verkehrsminister Österreichs, der BRD, Italiens, der Schweiz und Belgiens (Vorsitz des EG-Verkehrsministerrates) sowie des für Verkehrsfragen zuständigen EG-Kommissärs stattgefunden, die zu nachstehenden, gleichfalls vom EG-Verkehrsministerrat am 24. März 1987 gebilligten Schlußfolgerungen gekommen waren:

Zweimal jährlich - erstmals im Herbst 1987 - sollen Gespräche auf politischer Ebene in der gleichen Zusammensetzung (gegebenenfalls auch unter Teilnahme der Verkehrsminister Jugoslawiens und Griechenlands) geführt werden, um die aktuellen Probleme des grenzüberschreitenden Verkehrs zu behandeln. Hierbei sollen insbesondere folgende Themenkreise erörtert werden:

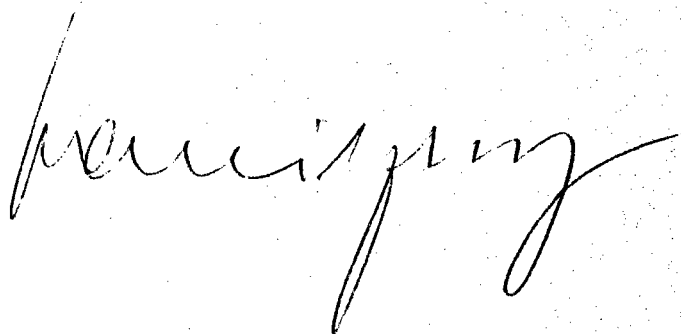
- Maßnahmen zur besseren Verteilung des Nord/Süd-Transits auf mehrere Routen und Verkehrsträger bei freier Wahl der Verkehrsnutzer;
- Zusammenarbeit beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für den alpenüberschreitenden Verkehr;
- Förderung eines ganzheitlichen Ansatzes zur Entwicklung des kombinierten Verkehrs Straße/Schiene
- Maßnahmen zur Verkürzung der Grenzaufenthalte
- Maßnahmen zur Verbesserung der Eisenbahnzusammenarbeit beim alpenüberschreitenden Verkehr
- Definition eines umweltfreundlichen Lastkraftwagens nach dem Stand der Technik und
- Abstimmung der technischen Vorschriften der Fahrzeuge.

- 3 -

Zu Frage 3:

Diesbezügliche Schritte werden im Bereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und des Bundesministeriums für Inneres geprüft. Für schwere LKW sind insbesondere Geschwindigkeitsbeschränkungen während der Nacht und deren strenge Überwachung sowie Gewichtskontrollen vorgesehen. Am Ausbau des bestehenden Schienentransitkorridors über den Brenner wird gearbeitet, um das auf uns zukommende zusätzliche Verkehrsaufkommen auf der Schiene aufzufangen. Eine von den Verkehrsministern Österreichs, der BRD und Italiens in Auftrag gegebene Studie über eine neue zweigleisige Eisenbahnverbindung mit einer Untertunnelung des Brenners soll bis Herbst 1987 vorliegen. Langfristiges Ziel kann jedoch nur die weitgehende und weiträumige Verlagerung des Gütertransits von der Straße auf die Schiene sein, wozu jedoch vorerst die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen im Bereich der Bahn gesetzt werden müßten.

Seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten ist insbesondere die Forcierung straßen- und objektseitiger Lärmschutzmaßnahmen (Lärmschutzwände und -dämme, Lärmschutzfenster) sowie das Aufbringen lärmehrschränkender Fahrbahnbeläge zur Eindämmung der Rollgeräusche von Kraftfahrzeugen als entlastende Maßnahme zu nennen.

A handwritten signature in cursive script, likely belonging to a government official, positioned in the lower right quadrant of the page.